



Nr. 27

24. August 2023

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

dbb frauen

[Kitas: Weg mit den Geschlechter-Klischees](#)

dbb senioren

[140 Anträge an dbb Bundesseniorenkongress](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Berlin

[Landesdienst: Angriffsentschädigung für die Opfer von Gewalt gefordert](#)

Hamburg

[Senat beschließt Entwurf des Besoldungsstrukturgesetzes](#)

Mecklenburg-Vorpommern

[dbb Landeschef Knecht trifft Justizministerin Jacqueline Bernhardt](#)

Hessen

[dbb Landesbund: Prüfsteine für Landtagswahl](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Armut bekämpft man nicht mit Vorurteilen](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

dbb frauen

Kitas: Weg mit den Geschlechter-Klischees

Der Anteil an Männern beim pädagogischen Personal in Kitas ist seit 2010 von 4 auf 8 Prozent gestiegen. Die dbb frauen finden: Das ist gut – aber nicht genug. Denn höhere Geschlechtervielfalt bringe Vorteile für alle.

Tanja Küsgens, Beisitzerin in der Geschäftsführung der dbb bundesfrauenvertretung und Bundessprecherin der Frauenvertretung im Verband Bildung und Erziehung (VBE), sagte am 23. August 2023: „Trotz eines Anstiegs der männlichen Beschäftigten in der pädagogischen Kita-Betreuung stagniert der Anteil bei lediglich 8 Prozent. Es ist höchste Zeit, stereotype Vorstellungen über Berufsfelder zu überwinden – gerade in Kitas. Ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis in der frühkindlichen Bildung ermöglicht es Kindern, vielfältige Rollenvorbilder zu erleben.“

Das statistische Bundesamt hatte am 22. August bekannt gegeben, dass sich der Männeranteil am pädagogischen Personal in Kindertageseinrichtungen von 4,1 Prozent im Jahr 2012 auf 7,9 Prozent im Jahr 2022 erhöht hat. Der geringe Männeranteil in Kitas hängt Küsgens zufolge damit zusammen, dass Care-Arbeit wie Kinderbetreuung in unserer Gesellschaft immer noch traditionell eher Frauen zugeschrieben werde: „In der Kita werden Jungs überwiegend von Frauen betreut. Dadurch entsteht in ihrem Kopf das Bild, dass Kinderbetreuung ein Frauenberuf ist. Bei der Berufswahl kommt die Arbeit in einer Kita somit nicht in Frage und am Ende sind es doch wieder mit

großer Mehrheit Frauen, die in diesen Beruf einsteigen. Diesen Kreislauf müssen wir durchbrechen.“

Durch eine höhere Geschlechtervielfalt zeige man den Kindern eine breitere Palette von Möglichkeiten und Berufswegen auf, erklärte Küsgens: „Denn wenn Kinder bereits in jungen Jahren sehen, dass Männer und Frauen in verschiedenen Berufsfeldern tätig sind, erweitert dies ihre Vorstellungskraft über ihre eigenen beruflichen Möglichkeiten. Außerdem bringen Erzieherinnen und Erzieher unterschiedliche Perspektiven, Herangehensweisen und Erfahrungen mit, die die Lernumgebung ungemein bereichern. Gemischte Teams sind die besten Teams.“

Allgemein müsse man die Erziehungsberufe attraktiver machen: „Erziehungsberufe brauchen einen dringenden Auftrieb für ihren Ruf. Sie müssen gesellschaftlich mehr wertgeschätzt und wirtschaftlich aufgewertet werden. Nur so können wir die Berufe für alle Bevölkerungsgruppen attraktiv machen. Es kann nicht mehr sein, dass man in vermeintlich ‚klassischen Frauenberufen‘ oftmals ein geringeres Einkommen erzielt“, fordert Küsgens.

dbb senioren

140 Anträge an dbb Bundessenienkongress

Der Antragsausschuss der dbb bundessenienvertretung hat über die Anträge der Mitglieder beraten und Beschlussempfehlungen abgegeben. Die Delegierten auf dem dbb Bundessenienkongress, der im Oktober 2023 stattfinden wird, werden sich demnach mit mehr als 140 Anträgen befassen.

Die Mitgliedsorganisationen haben in ihren Anträgen an die dbb bundessenienvertretung Forderungen zu den Themen Pflege, Gesundheit, Daseinsvorsorge, Mitbestimmung, Rente, Versorgung und Altersdiskriminierung zusammengefasst.

„Die konstruktive und detaillierte Auseinandersetzung mit Senienthemen dokumentiert das Interesse der älteren Generation, sich aktiv und kritisch in die Politik einzumischen und die

Gesellschaft zu gestalten“, stellte der Vorsitzende der dbb bundessenienvertretung Dr. Horst Günther Klitzing fest.

Neben originären Forderungen wie denen nach einer flexiblen Gestaltung des Eintritts in den Ruhestand, nach monetären Verbesserungen in der Rente und nach dem Erhalt des Niveaus in der Beamtenversorgung, sehen die dbb senioren auch dringenden Handlungsbedarf zum Beispiel in den Bereichen Pflege und

Gleichbehandlung: „Dass wir für die Verbesserung der Anerkennung von Pflegezeiten pflegender Angehöriger in Rente und Pension eintreten und gegen Altersdiskriminierung, die sowohl Jüngere als auch Ältere betreffen kann,

spiegelt unser Selbstverständnis als gesellschaftspolitische Kraft wider“, so Klitzing.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Berlin

Landesdienst: Angriffsentschädigung für die Opfer von Gewalt gefordert

Der dbb berlin hat eine Angriffsentschädigung für die Opfer von Gewalt bei der Polizei und im gesamten Landesdienst gefordert.

Die Initiative dazu war von der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) Berlin ausgegangen, die eine derartige Entschädigung für alle Einsatzkräfte verlangt hat, die im Dienst geschlagen, getreten, geschubst oder sonst wie körperlich angegangen oder beleidigt worden sind. „Es ist dabei egal, ob sie verbeamtet oder tarifbeschäftigt sind“, betonte der Berliner DPoIG Chef Bodo Pfalzgraf.

Die dbb Landesleitung hat diese Forderung auf ihrer Sitzung am 15. August 2023 aufgegriffen und auf den gesamten Landesdienst ausgedehnt. dbb Landeschef Frank Becker: „Wir halten es für sinnvoll, alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst sowie ehrenamtlich Tätige, zum Beispiel für DRK und Freiwillige Feuerwehr, entsprechend zu entschädigen.“

Auch über die Entschädigungssumme sind sich der dbb berlin und seine Fachgewerkschaft DPoIG einig: „2000 Euro sollen künftig bei körperlichen Angriffen fällig werden, bei

Beleidigungen 1000 Euro pro Einsatzfall“, rechnet Bodo Pfalzgraf vor. Damit das Ganze nicht im Sande verläuft, sollen die Behörden von Amts wegen die Prüfung übernehmen und sofort zahlen, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind.

Konkret heißt das, die Regelung soll bei allen Beschäftigten im Landesdienst greifen, die in Ausübung ihres Dienstes oder in Folge der Amtsausübung durch eine rechtswidrige Handlung geschädigt werden. Sichertgestellt werden müsse außerdem, dass die Zahlung unabhängig von eventuellen Schmerzensgeldansprüchen oder vom Grad der Verletzung geleistet und als zusätzliche, einkommenssteuer- und pfändungsfreie Unfallfürsorgeleistung ausbezahlt wird. Weitere Voraussetzung soll ein abgeschlossenes Strafverfahren sein. Und schließlich erwarten dbb berlin und DPoIG Berlin, dass die Behörde in allen genannten Fällen die Krankheits-, Unfallfürsorge- und Ausfallkosten von den Täterinnen und Tätern einklagt.

Hamburg

Senat beschließt Entwurf des Besoldungsstrukturgesetzes

Als Reaktion auf zwei Urteile des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) hat der Hamburger Senat am 22. August 2023 den Entwurf des Besoldungsstrukturgesetzes beschlossen. Der dbb hamburg sieht bei dem Vorhaben „Licht und viel Schatten“.

Zum einen soll mit dem Gesetz die amtsangemessene Alimentation von Beamtinnen und Beamten mit kinderreichen Familien sichergestellt werden soll. Zum soll der vom BVerfG geforderte Mindestabstand der Besoldung zur Grundsicherung von 15 Prozent gelten. Dafür wird der kinderbezogene Familienzuschlagsbetrag rückwirkend in zwei Schritten zum 1. Januar 2022 und 1. Januar 2023 für

das erste und das zweite Kind jeweils auf 170 Euro, für das dritte und jedes weitere Kind für das Jahr 2022 auf 690,00 Euro und für das Jahr 2023 auf 800,00 Euro erhöht. Diese Regelungen begrüßt der dbb Landesbund.

Für Familien mit Kindern, deren „Zwei-Verdiener-Einkommen“ (neue rechtliche Systematik) unter festgelegten Schwellenwerten liegt, wird

ein sogenannter Besoldungsergänzungszuschuss eingeführt. In diesem Zusammenhang wird die vierköpfige Familie mit zwei Verdienenden als neue Bezugsgröße für die Schwellenwerte im Besoldungsrecht eingeführt. Sie löst damit die bislang als Bezugsgröße geltende Alleinverdiener-Familie ab. Der dbb hamburg lehnt die Einführung dieses neuen Berechnungsmodells ab.

Kritik übt der dbb Landesbund auch daran, dass der Besoldungsergänzungszuschlag nur auf Antrag der berechtigten Beamtinnen und Beamten gewährt werden soll. Damit werde die Verpflichtung des Dienstherrn eine amtsangemessene Alimentation zu leisten in ein Antragsverfahren seitens der Beamtinnen und Beamten umgedreht.

Der dbb Landeschef Thomas Treff kommentierte: „Aus Sicht des dbb hamburg hätte das

Besoldungsstrukturgesetz jetzt die Chance geboten, die mehr als 7.000 beim Verwaltungsgericht Hamburg anhängigen Klagen auf amtsangemessene Besoldung und Versorgung überflüssig zu machen. Dazu hätte es unabhängig von der anstehenden Tarifrunde im TV-L im Herbst bereits jetzt einer linearen Besoldungs- und Versorgungsanpassung für alle Beamtinnen und Beamten und Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger bedurft, um die Verfassungsmäßigkeit der Besoldung und Versorgung wiederherzustellen und die Klagen aus der Welt zu schaffen. Stattdessen legt der Senat einen Gesetzentwurf vor, der sich ausschließlich nur mit den beiden Parametern des Bundesverfassungsgerichts ‚Alimentation kinderreicher Familien‘ und ‚Abstand der Besoldung zur Grundsicherung‘ befasst.“

Mecklenburg-Vorpommern

dbb Landeschef Knecht trifft Justizministerin Jacqueline Bernhardt

Zu einem ersten Treffen nach der parlamentarischen Sommerpause kam es am 22. August 2023 im Justizministerium zwischen der Ministerin für Justiz, Gleichstellung und Verbraucherschutz Jacqueline Bernhardt, Staatssekretär Friedrich Straetmanns und dem dbb Landesvorsitzenden Dietmar Knecht.

Im Auftrag der dbb m-v Mitgliedsgewerkschaften aus dem Justizbereich – Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD), Deutsche Justiz-Gewerkschaft (DJG), Bund Deutscher Rechtspfleger (BDR), Deutscher Anwaltsverein (DAAV) und Deutscher Gerichtsvollzieher Bund (DGVB) – wurden verschiedene fachspezifische Themen erörtert. Gegenstand des Gesprächs waren unter anderem die Bewertung erster Abwanderungstendenzen aufgrund mangelnder Attraktivität, Probleme bei der Umsetzung der elektronischen Zustellung im Gerichtsvollzieherbereich, notwendige monetäre Anreize für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger sowie Amtsanwältinnen und Amtsanwälte, die Umsetzung der

jüngsten Bundesarbeitsgerichtsurteile in den Gerichten, die Eingruppierung der Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister sowie die allgemeine Personalentwicklung in der Justiz des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Knecht brachte auch seine Unzufriedenheit über den Umgang von Teilen des Justizministeriums mit dem gewerkschaftlichen Ehrenamt zum Ausdruck, indem beispielsweise Anregungen zur weiteren Digitalisierung nicht beantwortet würden. Die Justizministerin sagte zu, künftig noch enger mit allen Justizverbänden und -gewerkschaften über Attraktivitätssteigerungen und die Zukunft der Justiz im Land zu beraten.

Hessen

dbb Landesbund: Prüfsteine für Landtagswahl

Am 8. Oktober 2023 wird in Hessen ein neuer Landtag gewählt. Der dbb Landesbund hat die Positionen der Parteien zum öffentlichen Dienst abgefragt.

Damit soll den Beschäftigten des Landes und allen Interessierten ein Überblick gegeben werden, „damit Sie sich nicht mühsam durch die Programme wühlen müssen“, teilte der dbb Hessen am 21. August 2023 mit.

Die Wahlprüfsteine hat der dbb Hessen bereits Anfang Juli an alle sechs aktuell im Landtag vertretenen Parteien mit der Bitte um schriftli-

che Beantwortung versendet – die Bearbeitungszeit lag bei sechs Wochen. Bisher liegen lediglich die Antworten der SPD nicht vor. Sobald das der Fall ist, will der dbb Hessen diese nachreichen.

Die bisherigen Antworten der Parteien gibt es in einer Sonderausgabe der [dbb Hessen Nachrichten](#).

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

Armut bekämpft man nicht mit Vorurteilen

Bundesfinanzminister Christian Lindner hat die Frage aufgeworfen, ob man Kindern am besten durch die in der Bundesregierung umstrittene Kindergrundsicherung helfe oder durch Investitionen in Sprachförderung, Integration, Beschäftigungsfähigkeit der Eltern sowie die Ausstattung von Kitas und Schulen. Vom VBE kommt deutliche Kritik.

Der VBE Bundesvorsitzende Gerhard Brand sagte am 22. August 2023: „Der Vorstoß des Bundesfinanzministers Christian Lindner ist ein Affront gegen von Armut betroffene Kinder. Die individuelle finanzielle Absicherung von Kindern gegen die ‚Beschäftigungsfähigkeit‘ ihrer Eltern auszuspielen, wird dem akuten Problem nicht gerecht. Kindergrundsicherung versus Sprachkurs: So einfach ist eben nicht. Man muss das eine tun, ohne das andere zu lassen. Armutsbekämpfung braucht eine breite Palette an Angeboten. Viele Wege führen nach Rom – und aus der Armut. Der Bundesfinanzminister Christian Lindner macht sich zudem einen schlanken Fuß, wenn er die Bundesverantwortung einer Kindergrundsicherung auf die Länder abschiebt, indem er Leistungen, welche diese anbieten müssen, in den Vordergrund stellt.“

Um Armut zu bekämpfen, müsse an verschiedensten Stellen angesetzt werden. Brandt: „Mit den Geldern der Leistungen für

Bildung und Teilhabe (BuT), auch Bildungspaket genannt, können bereits jetzt Nachhilfe, das Erlernen eines Instruments oder die Mitgliedschaft im Sportverein sowie die Teilnahme an schulischen Ausflügen oder Fahrten bezahlt oder bezuschusst werden. In der Praxis sehen wir aber, dass das Abrufen der Mittel zäh lief, da die Existenz dieser Möglichkeit in der Zielgruppe nicht allen bekannt war. Zum anderen brauchten viele Unterstützung bei dem Abrufen der Gelder, da der Antragsprozess nicht trivial ist. Dass mehr Geld direkt an die Schulen fließen sollte, um die individuelle Förderung der Kinder sicherzustellen, ist daher unabdingbar. Dann braucht es aber auch zusätzliches Personal an den Schulen, was sich hierum kümmern kann. Wenn zusätzlich auf individueller Ebene mehr Geld zur freien Verfügung steht, ist es noch gezielter möglich, Lernsituationen außerhalb vorgegebener Pfade zu ermöglichen. Das neue Buch und der Trainingsanzug oder schlicht die Aufwendungen, um im Freundeskreis in gleicher Form an Aktivitäten teilnehmen zu können – all das können sich Kinder aus armen Haushalten sonst nicht leisten.“

Namen und Nachrichten

Am 22. August 2023 hat sich Vorsitzende des **dbb Hamburg** Thomas Treff mit der Co-Vorsitzenden der Hamburger Grünen Maryam Blumenthal über den öffentlichen Dienst ausgetauscht. Einigkeit bestand darüber, dass ein funktionierender öffentlicher Dienst für den sozialen Ausgleich als auch für wirtschaftliche und ökologische Entwicklung in der Hansestadt unverzichtbar ist. Sowohl Treff als auch Blumenthal wollen außerdem die Digitalisierung der Verwaltung vorantreiben und im Zuge dessen Prozesse verschlanken. Auch die an-

stehende Tarifrunde der Länder wurde thematisiert. Hier machte Treff deutlich, dass bei der Bezahlung der Anschluss an den Tarifvertrag für Bund und Kommunen (TvÖD) gehalten werden müsse, um konkurrenzfähig zu bleiben. Zudem seien weitere Themen wie stufen gleicher Aufstieg, Zuschuss zum Job-Ticket und Regelungen zum Job-Rad dringend zu bearbeiten. Auch Besoldung und Versorgung wurden diskutiert. Treff drängte auf schnelle Reformen, um das Thema „endlich für alle aktiven und passiven Beamtinnen und Beamten zu lösen“.

Termine:

18.- 19. September 2023

14. Forum Personalvertretungsrecht

Weitere Informationen folgen.

16.- 17. Oktober 2023

3. Bundesseniorenkongress

Weitere Informationen unter [dbb-senioren.de](https://www.dbb-senioren.de).
